

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitungssprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Ersteilung erfolgt mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Blatt 4 Pf., für den Monat 1.20 M., für den halbjährlichen 6.00 M., für den jährlichen 11.00 M., mit Zustellungsgebühren. Alle Postämter und Postboten sowie alle Briefträger und Briefkästen nehmen jedweden Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Preisgeldes.



Abbestellungspreis 1 M. für die gesamte Korrespondenz oder deren Namen, letzteres 60 Pf., Abkann 2.50 M. Bei Abbestellung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Tagesblätter 2 M., Wochenblätter 3 M., Monatsblätter 10 M., Anzeigenblätter 50 Pf. Anzeigenblätter die vornehmlich 30 Pf. für die Abbestellung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzahlungsgefahr ist.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt. Verleger und Drucker: Arthur Fischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur Fischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 33.

Mittwoch den 9. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Gewerbegerichtswahlen.

1. Für das Gemeinsame Gewerbegericht für Gemeinden im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meissen finden die Wahlen der Beisitzer

Sonntag den 13. März 1921

statt, und zwar für die Arbeitgeber vormittags von 9—11 Uhr und für die Arbeitnehmer vormittags von 11 bis nachmittags 1 Uhr.

2. Die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer haben je 20 Beisitzer aus ihrer Mitte zu wählen.

3. Die einzelnen Gemeinden sind den aus der nachstehenden Liste O ersichtlichen Wahlbezirken zugeeilt. Das Wahlrecht wird in den dort bezeichneten Wahlstellen ausgeübt. Es darf nur an einer Wahlstelle ausgeübt werden, und zwar an derjenigen, in deren Bezirk der Wähler zur Zeit der Wahl seine Wohnung oder seine gewerbliche Niederlassung hat, oder wo er in Arbeit steht. Zwischen mehreren hiernach zulässigen Wahlstellen hat der Wahlberechtigte die Auswahl. Das Stimmrecht ist in Person und durch weiße Stimmzettel ohne wesentliche äußere Merkmale auszuüben.

4. Die Wähler haben sich vor dem Wahlvorstand auf Erfordern über ihre Persönlichkeit und Wahlberechtigung auszuweisen. Hierzu genügt für Arbeitgeber die Bescheinigung über die Anmeldung des Gewerbebetriebes, für die Arbeiter ein Zeugnis, wie solche von der Polizeibehörde des Wohnorts oder von den Arbeitgebern ausgestellt werden. Vorbrücke für die Zeugnisse können die Arbeitgeber von den Herren Gemeindevorständen der zum Gewerbegericht gehörigen Gemeinden in der erforderlichen Anzahl unentgeltlich beziehen. Den Arbeitern wird dringend empfohlen, sich einige Tage vor der Wahl diese Zeugnisse zu verschaffen.

Die als Stimmberechtigter vom Wahlvorstand anerkannten legen ihre Stimmzettel zusammengefaltet in die Wahlurne.

5. Stimmberechtigt sind

a) als Arbeitgeber: selbständige Gewerbetreibende, welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Von mehreren persönlich haftenden Teilhabern eines Gewerbeunternehmens übt jeder das Stimmrecht für sich aus. Den Arbeitgebern stehen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern sie nicht nach b) als Arbeiter gelten.

b) als Arbeiter: Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge, auf welche der 7. Titel der Gewerbeordnung Anwendung findet (also auch solche in der Innenschiffahrt, dem Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, dem Maurer- und Zimmerergewerbe, in Steinbrüchen), ferner Betriebsbeamte und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 30000 Mark nicht übersteigt; auch solche zur Zeit der Wahl erwerbslose Personen, die bis zum Eintritt ihrer Erwerbslosigkeit in der fraglichen Berufsgruppe tätig gewesen sind, es sei denn, daß sie den Willen, in Zukunft in eine andere Berufsgruppe überzugehen, bereits in einer zweifel auslöschenden Weise zu erkennen gegeben haben.

Weibliche Personen sind, sofern bei ihnen die Voraussetzungen unter a) oder b) gegeben sind, zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt.

(Nichtwahlberechtigt sind insbesondere land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, Hausgenossen, Arbeiter in Eisenbahnbetrieben, Berg- sowie Tonarbeiter. Auch Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften sowie Arbeiter, welche in den unter Militärverwaltung stehenden Betrieben beschäftigt sind, haben nicht mitzuwählen.)

6. Voraussetzung für das Stimmrecht der Arbeitgeber sowohl als auch der Arbeiter ist, daß sie

a) das 20. Lebensjahr vollendet haben,
b) im Gewerbegerichtsbezirke Wohnung oder gewerbliche Beschäftigung haben,
c) zum Amte eines Schöffen fähig sind. (Nach e) sind insbesondere Personen von der Wahl ausgeschlossen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben.)

7. Wählbar ist jeder Stimmberechtigter, der das 30. Lebensjahr vollendet hat.

8. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Sie erfolgt nach den Grundätzen der Verhältniswahl. Dieses Wahlgesetz setzt sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer das Vorhandensein von mindestens zwei Wählerparteien voraus, deren jede ihre Wahlkandidaten in einer sogenannten Vorschlagsliste zu benennen hat.

Die Stimmabgabe erfolgt für die Wählerpartei bez. für deren Vorschlagsliste, indem von den zu vergebenden 20 Stimmen auf jede Vorschlagsliste soviel Stimmabgaben, als dem Verhältnis der auf die Liste entfallenden Stimmzahl zur Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen entspricht.

Jede Vorschlagsliste hat die sämtlichen zu wählenden 20 Beisitzer unter Angabe von Vor- und Zunamen, Stand und Wohnung zu enthalten und muß auch von mindestens 20 wahlberechtigten Arbeitgebern bzw. Arbeitnehmern unterzeichnet sein. Auf Erfordern haben die Unterzeichner ihre Stimmberechtigung nachzuweisen.

9. Eine gültige Stimme kann nur für eine eingereichte Vorschlagsliste abgegeben werden. Der Stimmzettel darf nur Namen aus einem einzigen Wahlvorschlag enthalten. Ein Name genügt.

10. Die Wahlberechtigten werden daher hiermit aufgefordert, bis spätestens zum

27. Februar 1921

Vorschlagslisten, getrennt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bei dem unterzeichneten Gewerbegericht unter Benennung eines für weitere Verhandlungen bevollmächtigten Vertreters einzureichen. Die eingereichten Vorschlagslisten werden vor der Wahl in dem Meißner Tageblatt, in der Volkszeitung für Meissen usw. und in dem Wilsdruffer Tageblatt unter Weglassung der Unterschriften veröffentlicht. Wird bis zum Ablauf des 27. Februar 1921 von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur eine Vorschlagsliste eingereicht, so kommt für die betreffende Wählergruppe die Wahl in Wegfall, und es gelten die in der eingereichten Liste gültig bezeichneten als gewählt.

Meissen, am 8. Februar 1921.

2827

Der Vorsitzende
des Gemeinsamen Gewerbegerichts für Gemeinden
im Bezirke der Amtshauptmannschaft Meissen.

Liste der Wahlbezirke und Wahlstellen.

1. Weinböhla (Sitzungsaal in dortigen Rathaus) mit Niederau,
2. Rötzig (Wahlhof Rötzig) mit Wilsberg,
3. Coswig (Ratskeller) mit Neudorfswitz,
4. Brodowitz mit Kleben (Wahlhof zu Brodowitz) mit Ederwitz,
5. Pfäfersgasse (Restaurant Friedensbain) mit Hintermauer, Obermeißa, Niedermeißa, Klosterhäuser,
6. Garfede (Wahlhof Garfede) mit Dobitz, Rabschütz,
7. Schletta (Restaurant Ziegelei Schletta) mit Niederjähna, Rorbitz, Lohain,
8. Jehren (Wahlhof Jehren) mit Schieritz, Reilbusch,
9. Zabel (Wahlhof Zabel).

Bei uns stob eingegangen vom

Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Sachsen das 30. und 31. Stück vom Jahre 1920 vom Reichsgesetzblatt Nr. 228 bis 237 vom Jahre 1920.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlag in der Hausflur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 7. Februar 1921.

2228

Der Stadtrat.

Maul- und Klauenseuche.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche in Wilsdruff erloschen ist, wird der Stadtbezirk nunmehr von der Beobachtung befreit.

Wilsdruff, am 7. Februar 1921.

2227

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Wilsdruffer Sachverständigenkonferenz findet erst nach der Londoner Besprechung statt.

* Das Jahr 1920 schließt für die Stadt Berlin mit einem Defizit von dreihundert Millionen Mark ab.

* Frankreich und Polen haben ein gegen Deutschland gerichtetes militärisches Abkommen geschlossen.

Vorsicht!

Die Antwort auf die einmütige Kundgebung des Deutschen Reichstages, auf die entschiedene und würdige Zurückweisung der Pariser Beschlüsse durch den deutschen Außenminister Dr. Simons hat die französische Öffentlichkeit, lenkbar wie sie ist, dem britischen Ministerpräsidenten überlassen.

Man wußte, daß Lloyd George am Wochenende zweimal in Birmingham sprechen würde, und hatte daraufhin offenbar den Wind erhalten, so lange zu schweigen. Mit bewundernswürdiger Disziplin wurde diese Weisung befolgt und nun erst, nachdem das Oberhaupt der englischen Regierung das Stichwort ausgegeben hat, wird es auch von der Pariser Presse in allen Quartieren aufgenommen. Wie immer, jeden Tag auch die Birminghamer

häuser Neben des britischen Ministerpräsidenten aus Brüssel und Schlandt zusammen. Je nach Neigung kann man die eine oder die andere Seite seiner Sprechübungen mehr oder weniger auf sich wirken lassen. Wir Deutsche haben aber vor allen Dingen Veranlassung, ein scharfes Ohr zu haben für die Versuche, die eben erst wieder neu gevormte Einheitsfront zur Abwehr der Pariser Beschlüsse von außen her zu unterwühlen. Lloyd George bedient sich dazu genau der gleichen Mittel, die ihm während des Weltkrieges zur Niedergewinnung unseres Kampfes zur Hand waren. Mit unverkennbarer Absicht spricht er von dem Deutschland von 1914, das auch jetzt noch immer nicht der Vergangenheit anzugehören scheint. Man sage zwar, die deutschen Herrscher hätten allein den Krieg verursacht, während das deutsche Volk nicht hinter ihnen gestanden habe, aber selbst die deutschen Sozialisten hätten doch ihre Regierung während des Krieges nach Kräften unterstützt und sich gern an der Deute beteiligt, die man im Falle eines Sieges dem Feinde auferlegt hätte. Und bei den Besprechungen mit Dr. Simons könne er das unangenehme Gefühl nicht los werden, als ständen hinter diesem Manne, für den er im übrigen ein paar lobende Bemerkungen nicht verschmähte, immer noch die Männer von 1914. Flugs sind nun die Pariser Blätter bei der Hand, um nun auch ihrerseits in die gleiche

Kerbe zu schlagen. Sie machen die Entdeckung, daß die Reichsparteien in Deutschland von Bayern aus einen deutlich erkennbaren Druck auf Berlin ausüben im Gegensatz zu gewissen Einzelementen in Norddeutschland und in Westfalen (gemeint sind die Kommunisten), die sowohl in der Entwaffnung, als auch in der Wiederherstellungsfrage nachgeben wollten. Auf diese Weise drohe ein gefährlicher Geisteszustand in Deutschland um sich zu greifen, und man müsse befürchten, daß die Offiziere der Kontrollkommission das Opfer neuer Angriffe werden könnten, wenn die deutsche Regierung nicht einschreite, was zu tun sie nicht gewillt scheint. Wie man sieht, sollen also die Neben Deutschen wieder einmal munter aufeinander gehetzt werden, weil man gegen ihre einmütige Entschlossenheit die famosen Pariser Beschlüsse denn doch für unüberwindlich hält. Das Gespenst der Männer von 1914 wird heraufbeschworen, um diejenigen Deutschen, die das Ergebnis der Pariser Konferenz lebend gemacht hat, wieder zu blenden. Selbst der maßvolle und in seiner unerschütterlichen Besonnenheit so ziemlich allen Deutschen gleich sympathische Dr. Simons wird in eine herabsetzende Verbindung mit dem Deutschland von 1914 gebracht, als wenn er auf dem besten Wege wäre, ein gleiches Weltverbrechen zu verursachen, wie dasjenige, um dessen Verhinderung noch lange nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Lloyd George und Briand haben allerdings alle Veranlassung dazu, die Bänder der Welt von dem Best ihrer Hände abzulassen. In Deutschland aber werden sie diesmal damit schwerlich einverstanden sein. So lange der Bahnplan der Pariser Beschlüsse nicht von ihren Vätern preisgegeben ist, so lange wird die Einheitsfront von Herzt bis Scheidemann nicht wanken und nicht weichen, und wie die Unabgängigen diesmal zur deutschen Schicksalsfrage stehen, das hat der ihnen mitunterzeichnete Aufruf an die Arbeiter der Welt zur Genüge dargelegt. Trotzdem sollen wir nicht nur in England und nicht nur in Frankreich viel zu viele willige Federn, die seinem bloßen Wink gehorchen, und wir wissen, daß er zäh genug ist, um einen Versuch immer wieder so lange zu erneuern, bis er sein Ziel erreicht hat. Ihm wäre auch damit gedient, wenn wir uns, sei es im Norden, sei es im Süden, zu strikten Unbefonnenheiten hinrichten ließen, für uns kann es jetzt nur eine Lösung geben: Ruhig und fest, aber auch in unerbittlicher Geschlossenheit mit der Regierung zusammenzugehen, so lange diese an ihrer strikten Ablehnung der Pariser Beschlüsse festhält. Das ist der einzige Weg, dieses schwere Unheil von uns abzuwenden.

Vollste Einigkeit!

Die Ministerkonferenz in Berlin.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand in Berlin eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichsminister über die durch die Note vom 29. vorigen Monats geschaffene politische Lage statt.

Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Übersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententeforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichsministeriums. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Innern zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesende erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichsministeriums, wie sich diese aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen ergibt.

Ferner nahm der Reichsminister des Innern Gelegenheit, mit etwa 200 Vertretern der deutschen Gewerkschaften über die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Lage sich auszusprechen. Der Minister beantwortete im Laufe der Aussprache eine Reihe von Fragen, die ihm aus der Versammlung vorgelegt wurden. Es ergab sich dabei vollkommene Übereinstimmung der Vertreter der Gewerkschaften mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt.

Lloyd George droht.

In einer in Birmingham gehaltenen Rede erklärte Lloyd George u. a.: Alle Völker der Welt sitzen unter dem Niederdrück des Handels. Man könne nicht mehr auf den Beschäftigten zählen, der fürgeleitete Schwankungen unterworfen sei und stabilisiert werden müsse. Er glaube, Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation. Es müsse bezahlen. Wenn seine Mark nur einen Penny wert sei, dann müsse man sie für einen Penny berechnen. Er glaube aber, daß die deutsche Mark ein wenig tiefer stehe, als es sein dürfe. Wenn erst die Entschädigungssumme festgelegt sei, werde die Mark etwas weniger stark sein. Wenn er demnächst Reichsminister Simons in London sehen werde, werde er ihm empfehlen, daß Deutschland seine wirklichen Anstrengungen mache, um zu bezahlen. England habe schlimmere Stunden erlebt, und es sei ihrer Herr geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Tapferkeit gegenüberzutreten. Es könne sie bekämpfen, wenn die Einigkeit unter allen Engländern fortbestünde.

Amerika gegen Deutschlands Vernichtung.

Der frühere Einigkeitler der demokratischen Partei im amerikanischen Senat, James Hamilton Lewis, erklärte, daß die amerikanischen Geschäftsleute der Regierung dabei helfen müßten, die Vernichtung Deutschlands zu verhindern, denn dies wäre der Anfang vom Ende des amerikanischen Handels. Die auf der Pariser Konferenz vorgeschlagenen Vereinbarungen für die Entschädigungszahlungen würden die Zentralmacht hindern, irgendeine wirtschaftliche Hilfe in Amerika zu erhalten, und sie weiter daran hindern, Handel mit Amerika zu treiben. Die Summe und die Zahlungsmethode sei nur festgelegt worden, um Deutschland in die Unmöglichkeit zu versetzen, Hilfe von anderen als von den Gläubigerstaaten zu erhalten, das dürften die Vereinigten Staaten nicht zulassen.

Polnisch-französisches Bündnis.

Gede gegen Deutschland.

Aus Paris wird gemeldet, der Hauptzweck der Reise Blühdors sei gewesen, die Zustimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Außenminister wußte darzulegen, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählten, wenn Polen allein stände, würde es unter seinen finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Es wäre daher für die Oberschlesier besser, bei Deutschland zu bleiben, als sich Polen anzuschließen. Aus diesem Grunde müsse noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekanntgegeben werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Man hat jedoch keinerlei feste Verträge abgeschlossen, sondern man begnügte sich mit einer diplomatischen Note, die veröffentlicht wurde. Frankreich wünscht erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens zu kennen, bevor es sich zum Abschluß einer militärischen Allianz bereit findet. Außerdem hat Frankreich auch die militärische Unterstützung nicht unter allen Umständen zugesichert. Im Falle eines ungarisch-polnischen oder tschecho-slowakischen Krieges würde es sich jeder Unterstützung enthalten. Sollte Deutschland einen Angriff auf Polen unternehmen oder einen russischen Angriff auf Polen unterstützen, würde Frankreich militärische Hilfe leisten. Werde Polen von den Bolschewikern allein angegriffen, dann würde Frankreich seinen Soldaten ins Feld senden, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial, und die französische Flotte hätte die Aufgabe, die Verbindungen über Danzig freizubehalten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verschiebung der Brüsseler Konferenz.

Es sieht nunmehr fest, daß die Brüsseler Finanzkonferenz erst nach der Londoner Konferenz stattfinden wird. Die Arbeiten der alliierten Sachverständigen sind einstellig eingeleitet worden.

Kein Sonderfriedensangebot.

„Chicago Tribune“ und „Newport Herald“ lassen sich melden, daß die deutsche Regierung durch den amerikanischen Geschäftsträger in Berlin der amerikanischen Regierung das Angebot eines Sonderfriedens gemacht habe. Diese Meldung ist frei erfunden. Es ist ohne weiteres klar, daß die deutsche Regierung ein solches Angebot nicht machen konnte, weil die Wilsonsche Präsidentschaft am 1. März zu Ende geht und gar nicht in der Lage wäre, einem etwaigen Angebot näherzutreten, ganz abgesehen davon, daß Wilson persönlich für den Versailler Vertrag eintritt, an dem er mitgewirkt hat.

Die deutsche Presse an Oberschlesien.

Der Gesamtvorstand des Reichsverbandes hat zugunsten Oberschlesiens eine Entschädigung angenommen, in der es heißt: „Seit vielen Jahrhunderten ist Oberschlesien deutsches Land. Durch deutsche Arbeit, durch deutschen Siedler- und Gewerbetrieb hat das ober-schlesische Volk die Segnungen einer höheren Zivilisation und höherer wirtschaftlichen Entwicklung empfangen. Der Versailler Frieden hat bewirkt, daß mitten in friedlicher Arbeit durch einen rücksichtslosen Kampf gegen die deutsche Nationalität Zwietracht unter der ober-schlesischen Bevölkerung entfacht wurde. Die Bodenschätze Oberschlesiens kommen der gesamten Weltwirtschaft zugute; und der Staat, der sie besitzt, hat das Mandat ihrer pflichtgemäßen Behandlung und größtmöglichen Verwertung. Dafür aber bietet nur Deutschland und nimmermehr Polen die Gewähr. Die deutsche Presse hat in einheitlicher Front ohne Unterschied der Partei das Ringen der Oberschlesier um die Erhaltung ihrer Heimat beim deutschen Vaterlande, um die Rettung deutscher Kultur und deutschen Gewerbetriebes vor drohendem Untergang mit wärmster Anteilnahme unterstützt. Sie wird es weiterhin tun, damit der Sieg der Entscheidung sich zu einem überwältigenden Siege ober-schlesisch-deutscher Kultur und Gewinnung gegen polnische Begehrtsucht und Unkultur gestaltet.“

Internationale Elbe-Konferenz.

Die Internationale Elbe-Konferenz, die noch immer in Dresden tagt, verhandelte in den letzten Tagen über die Höfendennung. Aber Bauten und Abgaben. Ferner fand eine Besprechung darüber statt, welche Schiffschiffe für die Elbe-Schiffahrt gefordert werden sollen. Unter

Mitteilung von Zollsachverständigen wurden sämtliche Zollfragen durchgesprochen.

Ungarn.

Die Entente gegen die Habsburger. Der englische Oberkommissar Hohler erklärte, daß anlässlich einer gemeinsamen Beratung der Ententeminister in London der einheitliche Standpunkt der gesamten Entente in der ungarischen Königsfrage dahin festgelegt worden sei, daß die Entente unter keinen Umständen die Rückkehr der Dynastie Habsburg auf den ungarischen Thron gestatten könne. Diese Frage wird überhaupt nicht als eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit Ungarns, sondern als ein höchst wichtiges außenpolitisches Problem betrachtet. Hohler erklärte weiter, daß die Entente im übrigen der ungarischen inneren Politik gleichgültig gegenüberstehe.

Türkei.

Kemal Paschas Bedingungen. Mustafa Kemal Pascha hat die Bedingungen, die er hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, wie folgt formuliert: Der Sultan wird ein Trabe veröffentlichen, durch das er die Regierung von Angora anerkennt. Der Sultan wird in Konstantinopel verbleiben, die Regierung provisorisch in Angora. Das Konstantinopeler Kabinett wird aufgelöst und durch einen besonderen Ausschuss, der von Angora akkreditiert wird, ersetzt. Angora garantiert die Zahlung der Pjanage des Sultans und der kaiserlichen Familie und der Gehälter der Beamten.

Amerika.

Kein Geld mehr für die Entente. Senator Nelson, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Senats, hat erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe das Schatzamt angewiesen, den alliierten Mächten keine weiteren Vorschüsse auf ihren noch offenen Kredit zu gewähren, bis Hardings Regierung über die Frage der fremden Anleihen in Amerika eine neue Entscheidung getroffen habe.

Neue Klagen.

Über das Treiben französischer Werber für die Fremdenlegion ist hier des Öfteren berichtet worden. Nun kommen auch aus Danemark Klagen, die sich mit dem unerhörten Menschenfang der Franzosen beschäftigen.

Wie aus Kopenhagen berichtet wird, veröffentlicht die dänische Zeitung „Sozialdemokraten“ Klagebriefe von Tünen, die in die französische Fremdenlegion in Marokko gerieten waren, und sich nun um Hilfe an ihre Eltern wenden. Diese wandten sich darauf mit den Briefen ihrer Söhne an das dänische Ministerium des Äußeren. Bezeichnend ist, was in diesen Briefen über das Leben in der Fremdenlegion mitgeteilt wird. So schreibt einer:

„Ich konnte bisher nicht schreiben, weil wir uns als Sklaven verkauft haben. Wir müssen jeden Tag hart arbeiten und haben nicht einmal am Sonntag frei.“ Ein anderer schreibt: „Wir werden mit Füßen getreten, geschlagen und für die geringste Kleinigkeit bestraft, bloß weil wir nicht französisch verstehen. Die meisten sind Deutsche, und die Unteroffiziere sind Deutsche.“ Ein dritter erzählt: „Wenn entdeckt wird, daß wir an unsere Angehörigen schreiben, wie es uns hier geht, werden wir 60 Tage in Arrest gesteckt. Wird ein Durdbrenner erwiesen, so kriegt er 5 Jahre Strafarbeit zu den anderen 5 Jahren.“

„Sozialdemokraten“ teilt ferner mit, daß sich viele dieser Eltern an die französische Gesandtschaft in Kopenhagen gewandt haben, um ihren Söhnen zu helfen.

Ganz besonders interessant für uns ist es aber, daß nach derselben Zeitung auch in Hamburg und Altona zur unangenehme Werbung für die französische Fremdenlegion stattfände. Die Zeitung ist sogar in der Lage, einen ehemaligen dänischen Leutnant, Bjerring mit Namen, zu nennen, der in französische Dienste trat und nun für die Fremdenlegion in Marokko auf Menschenfang ausgeht.

Es genügt nicht allein, daß in der Presse immer wieder mit Nachdruck die jungen Leute vor diesem unüberlegten Schritte gewarnt werden. Es bedarf eines energischen Protestes unserer Regierung, daß Fangschellen, wie sie in Frankreich am Main und anderen Strömen im Rheinlande ein öffentliches Geheimnis sind, unter allen Umständen geschlossen werden.

Wer dann noch aus freien Stücken in die Fremdenlegion eintritt, dem ist eben nicht zu helfen, und der wird dann wahrheitsgemäß auch seine ganz besonderen Gründe haben, die ihn veranlassen, sich des Schutzes der deutschen Regierung zu begeben.

Gräfin Pia.

Roman von H. Courths-Walder.

10. Fortsetzung.

(Wachdruck fortsetzen.)

Sie traten zu den anderen. Fürst Jekow und Herr von Brenken sahen sich Pia vorstellten. Der Fürst war ein feiner, liebenswürdiger Herr, hatte schon etwas ongeprägtes Haar und ein Gesicht, das von frohem Lebensgenuss zeugte. Seine sehr schlaffe, kaum mittelgroße Gestalt hatte nach etwas Jünglingshaftes. Man sagte, in dieser zierlichen Gestalt stecke eine staunenswerte Kraft und Gewandtheit.

Der Fürst gefiel Pia sehr gut, aber Herr von Brenken schätzte ihr trotz seiner weltmännischen Liebenswürdigkeit und trotz seiner unerschütterlich schönen männlichen Erscheinung ein unbehagliches Gefühl ein. Seine Augen gefielen ihr nicht. Sie funkelten so seltsam unruhig und hatten einen lebenden Blick.

Frau von Brenken hatte sich mit ihrer Gesellschaft wieder auf die Tribüne zurückbegeben. Der Fürst hielt sich so dicht an ihrer Seite, daß sie kein unbedeutendes Wort mit Herrn von Brenken tauschen konnte. Aber ein bedeutungsvoller Blick war zwischen ihnen gewechselt worden.

Nach beendetem Rennen begab sich die ganze Gesellschaft zum Speisen in das Hotel, wo der Fürst eine ganze Zimmerstadt gemietet hatte. Auch Frau von Brenken und ihr verweintlicher Schwager hatten dort Wohnung gefunden.

Sie fanden den Speisesaal schon fast überfüllt. Nur ein Tisch war neben dem Ausgang zur Terrasse noch frei. Dieser war für den Fürsten und seine Gesellschaft reserviert. Die dem Tisch gegenüber hatte bereits Baron Lindau mit seinen Damen, die Gräfin Eckhoff und Pia und einige andere Herren der ersten Gesellschaft Platz genommen. Man begrüßte sich von weitem mit den Renangekommenen.

Frau von Brenken legte sich so, daß sie Pia im Auge behielt, und ihr schmerzender Blick lächelte wieder den unerklärlichen Bann auf die Komtesse aus. Juwelen lächelte sie ihr zu, und dieses Lächeln bezauberte Pia, wie es fast alle Menschen bezauberte.

Die Gesellschaft, in der sich Pia befand, brach viel früher auf, als die des Fürsten Jekow. Es war schon sehr spät, als sich die Damen zurückzogen und die Herren noch ein Stückchen in eine der eleganten Bars gingen. Am anderen Morgen ließ sich Herr von Brenken ganz offiziell bei seiner „Schwägerin“ anmelden.

Frau von Brenken ließ, in ein zartes, duffiges Regleuse gekleidet, in einem der tiefen Lehnstühle ihres Zimmers. Sie sah schlaff und müde aus. Jetzt konnte man ihr das richtige Alter wohl anmerken.

Ihre Augen blinzelten forschend zu ihm auf, und ihre erschöpfenden Jügel belebten sich.

„Wilst du etwas Besonderes, Justus?“ fragte sie leise. Seine Augen flackerten unruhig, und die Zähne bissen sich fest aufeinander, so daß die untere Partie seines Gesichtes sich stark markierte und ihm einen entschieden brutalen Ausdruck gab.

Er zog einen Sessel dicht an ihre Seite und warf sich hinein.

„Wie weit bist du mit Fürst Arkow?“ küsterte er.

„Nicht weiter, als gekern,“ stieß sie hervor.

Er bohrte die Hände.

„Verwünscht — es geht vortrefflich langsam mit ihm.“

Glaubst du, daß du zum Ziel kommst?“

Sie hob müde die Schultern.

„Kann ich es wissen? Ach, Justus — ich bin dieses Treibens müde.“

Er knirschte mit den Zähnen.

„Ich auch — das kann ich dir versichern. Aber wenn mir ein anderes Mittel, zu Gelde zu kommen, und wir müssen Geld haben! Wir sind total abgebrannt. Ich kann nicht einmal mehr die Rechnung hier im Hotel bezahlen.“

Wenn wir nicht Mittel in die Hand bekommen, werden sie uns als Jochpreller verkaufen. Du hast kein Glück mehr bei den Männern, Diane.“

Sie schloß leuchtend einen Augenblick die Augen. Dann sagte sie leise: „Ach bin müde — müde. Es zuckt mich an, dieses Leben. Ach — was gäbe ich um ein ruhiges, sicheres — wenn auch bescheidenes Los!“

„Soll das ein Vorwurf sein?“ fuhr er auf.

Sie legte ihre Hand auf seinen Arm, und in ihrem Blick lag etwas wie hindliche Ergebenheit. Was Diane von Brenken auch in ihrem Leben geleidet, wie viel sie auch gelogen und betrogen hatte — eines war echt an ihr — die Liebe zu diesem Manne, der ihr Schicksal geworden war und unter dessen Einfluß sie tiefer und tiefer in den Schmutz geraten war, so tief, daß sie sich nicht mehr herausfinden konnte.

„Nein, nein, Justus, kein Vorwurf! Du, kannst ja auch nichts dafür, daß du arm bist wie ich, und daß wir beide diesen unglücklichen Hang zu Komfort und Luxus haben, den wir nur auf diese Weise befriedigen konnten. Aber was wird aus uns, wenn dieser Quell versiegt, wenn ich — alt — und — häßlich werde! Ach, Justus, ich fürchte mich vor der Zukunft!“

„Es bleibt uns ja noch ein Ausweg — der aus dem Leben,“ preschte er heiser hervor.

Sie erschauerte und warf ihre Arme um ihn.

„Nein — o nein — nicht sterben! Ausrufen möchte ich mit dir, an irgend einem stillen Ort. — in einem sorglosen, trauten Heim.“

Er lachte rau auf.

„Auch dazu gehört Geld — viel Geld, viel mehr, als wir zusammenbringen können in unserer unsicheren Existenz. Sparen und hungern mag ich nicht — leben und genießen — oder sterben!“

Sie umflosserte ihn angstvoll.

(Fortsetzung folgt.)

Höchstmielen oder nicht?

Der von der Regierung fertigestellte Entwurf für ein Reichsmietengesetz hat bereits einen lebhaften Meinungswechsel bei den beteiligten Kreisen hervorgerufen, der durch die Auseinandersetzungen über die geplante Mietsteuer nicht gelindert wird.

Die Entwicklung der Wohnungsfrage in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenwahrheit, und trotzdem scheint vielfach die Meinung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um hässliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und sich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen.

Die Entwicklung der Wohnungsfrage in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenwahrheit, und trotzdem scheint vielfach die Meinung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um hässliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und sich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen.

Die Entwicklung der Wohnungsfrage in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenwahrheit, und trotzdem scheint vielfach die Meinung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um hässliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und sich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen.

Die Entwicklung der Wohnungsfrage in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenwahrheit, und trotzdem scheint vielfach die Meinung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um hässliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und sich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen.

Die Entwicklung der Wohnungsfrage in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenwahrheit, und trotzdem scheint vielfach die Meinung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um hässliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und sich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen.

Nah und fern.

Eine halbe Million aus Amerika für die Schillerstiftung. Die Spende des Gesellschaftlichen Vereins in New York an die Deutsche Schillerstiftung hat die fast halbe Höhe von einer halben Million Mark erreicht.

Der jüngste ärztliche Bericht lautet: „Vermehrte Unruhe und zeitweilige aufsteigende Depressionen bilden die zurzeit am meisten hervorwachsenden Symptome. Während aber die äußeren Krankheitserscheinungen einem häufigen Wechsel unterworfen sind, bleibt der Zustand im großen der eines qualvollen Stetigens mit zwar stetigen, aber langsamem Kräfteverfall und ist unverändert ernst zu beurteilen.“

Gemäßigung des Personentarifs auf einer Privatbahn. Im Gegensatz zu der Bekanntmachung einer neuerlichen Personentarifserhöhung der Staatsbahnen teilt die Zentralverwaltung der thüringischen Bachstein-Bahnen, zu denen die gesamten thüringischen Kleinbahnen gehören, mit, daß sie auf einem großen Teile ihrer Bahnen die Personentarifserhöhung ermäßigt haben.

Der Geburtstag des Majors v. Pariseval. Professor Dr. August v. Pariseval, Major a. D., vollendete am 5. Februar sein 60. Lebensjahr. Er wurde weit bekannt als Erfinder eines Fesselballons, der in einer schräg zum Himmel aufsteigenden Luftkugel aufhieb.

Die Entwicklung der Wohnungsfrage in den letzten Jahren fordert immer dringender eine Lösung, sollen wir nicht eines Tages vor einer Katastrophe stehen. Das ist eine Binsenwahrheit, und trotzdem scheint vielfach die Meinung noch nicht so weit vorgeschritten zu sein, um hässliche Demagogie auf der einen oder anderen Seite auszuschalten und sich mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen.

Neueste Meldungen.

Einigkeit des deutschen Volkes.

Berlin. Bei der Reichsregierung ist eine Fülle von Telegrammen von Absendern aller Richtungen und Parteien eingegangen, die auf die verhängnisvolle Wirkung der Pariser Beschlüsse hinweisen und die Regierung bitten, an dem ablehnenden Standpunkt festzuhalten, wie er durch die Rede des Außenministers Simons bezeichnet worden ist.

Mangelhafte Getreideablieferung.

Magdeburg. Im anhaltischen Kreise Zerbst sind laut amtlicher Feststellung mehr als 120 000 Zentner Brotgetreide, das sich über 70 Prozent des Ablieferungsarfs, nicht zur Ablieferung gekommen.

Amerika gegen die Zollabgabe.

Paris. Im französischen Außenministerium ist aus Washington die Nachricht eingelaufen, daß die amerikanische Regierung nicht gewillt sei, die zwölfpromzentige Belastung des deutschen Außenhandels zu genehmigen.

Polen fordert das Verkehrsrecht im Korridor.

Warschau. Der „Cast Express“ meldet aus Paris, daß die polnische Delegation den endgültigen Text des deutsch-polnischen Transitvertrages über den Transitverkehr durch den Korridor festgelegt habe. Die polnische Delegation fordert kategorisch, daß Personen, die politische Vergehen auf polnischem Gebiet begangen haben, bei der Durchfahrt durch den Korridor verhaftet werden könnten.

Italien und Deutschland.

Rom. Zum Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Benesch in Rom schreibt „Popolo Romano“, Benesch und Forza sollten bei dieser Gelegenheit auch die Frage der Beziehungen ihrer beiden Länder zu Deutschland prüfen, wenn wirklich eine europäische Politik verfolgt werden solle.

Spanische Stimmen.

Madrid. In den Pariser Beschlüssen schreibt A. B. C.: Aus den Äußerungen der deutschen Presse geht klar hervor, daß alle Zeitungen der Regierung und dem Publikum antworten, der Drohrede der Entente zu widerstehen. Seit Schluß des Waffenstillstandes hat man noch in keiner Diskussion zwischen den Alliierten und den Deutschen eine solche Einstimmigkeit der letzteren beobachtet können.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die Frage der deutschen Kabel.

London, 8. Februar. (tu.) Aus Washington wird gemeldet, daß neue Bemühungen von Seiten des Staatsdepartements gemacht werden, um zu einem Uebereinkommen in der Frage der deutschen Kabel noch vor dem 4. März zu kommen, an welchem Tage die gegenwärtige Verwaltung scheidet. Unterstaatssekretär des Staatsdepartements Davis hat die Botschafter Frankreichs, Japans und Italiens eingeladen, mit ihm über diesen Gegenstand an einem Tage dieser Woche zu konferieren.

Neue Betonung des Anschlußverbots.

Wien, 8. Februar. (tu.) Die österreichische Wiener Montagzeitung bestätigt, daß die Note, die dem Protokoll der Pariser Verhandlungen beigegeben wurde, das Anschlußverbot neuerlich betont.

Czernin Gesandter in Berlin.

Wien, 8. Februar. (tu.) Dem früheren Minister des Österreichisch-Ungarischen, Czernin, wurde der österreichische Gesandtschaftsposten in Berlin angeboten. Czernin hat sich Bedenkzeit erbeten.

Viktor Kopp endgültig abberufen.

Berlin, 8. Februar. (tu.) Der bisherige Vertreter Rußlands, Viktor Kopp, ist endgültig abberufen worden. Er wird durch einen Bruder Kraszins ersetzt werden.

Nitti zur Reparationsfrage.

Rom, 8. Februar. (tu.) Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti erklärte in einer Unterredung zur Reparationsfrage: Der Gedanke, das deutsche Volk nicht nur in seinem gegenwärtigen Bestande sondern auch im Bestande künftiger Generationen zu belassen, ist ebenso absurd als verbrecherisch. Es bedeutet die Fortsetzung des Krieges und die Knechtschaft eines ganzen Volkes, das viele und schwere Fehler beging, dem aber die Zivilisation zum nicht geringen Teil ihre edelsten Erzeugnisse verdankt.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 8. Februar 1921.

Landtags-Mitteilungen. Die sozialdemokratische Fraktion hat beim Landtag einen Antrag eingebracht, der sich gegen das Streikverbot für Arbeiter und Angestellte in lebenswichtigen Betrieben richtet.

Die erste landwirtschaftliche Woche. In der Zeit vom 7. bis 11. März 1921 soll, wie bereits gemeldet, in Dresden eine landwirtschaftliche Woche abgehalten werden, auf der folgende Fragen zur Erörterung gestellt werden sollen: Veränderung in der Betriebsgestaltung der deutschen Landwirtschaft; Düngemittel unter besonderer Beziehung auf ihre Rentabilität; Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Nebengewerbe für die Produktivität unserer Böden; Die Krise in der Ernährung Europas im Lichte der Weltwirtschaft, mit besonderer Berücksichtigung Deutsch-

lands und seiner Landwirtschaft; Zukunftsaufgaben der Genossenschaften; Unsere Wiesen; Der gegenwärtige Stand der Futtermittelherstellung; Die wirtschaftsfeindlichen Futtermittel als Grundlage für den Wiederaufbau unserer Viehwirtschaft; Landfrauenarbeit und Berufsvertretung; Der Ausbau der Wirtschaftsprüfung und der Wirtschaftsprüfung in Sachsen; Der Betrieb der landwirtschaftlichen Landwirtschaft in Wort und Bild.

In den Bündenklößen-Vorstellungen kommt morgen eine Verfilmung des bekannten Romans „Irme Rüdchen“ von Paul Lindau mit Lotte Neumann in der Rolle der Irme Bessen zur Vorführung. Amosfreund sagt das Interes in dieser Nummer noch Näheres.

Die neue Zigarettensteuer — eine Gefahr für die sächsische Industrie. Das Reich hat bekanntlich trotz des Einwurges der in Frage kommenden Industrie- und Arbeiter-Organisationen und der Regierung von Sachsen und Bayern beschlossen, ab 1. April 1921 die Steuer statt wie bisher um 50 Proz. nur um 30 Proz. zu ermäßigen. Der Tabakarbeiterverband und Vertreter der sozialdemokratischen Partei in Dresden und Berlin, sowie der Gewerkschaftsbund für Sachsen in Dresden sind deshalb beim Reichsminister telegraphisch und persönlich vorstellig geworden.

Erweiterter Sonderzugverkehr zur Leipziger Frühjahrsmesse. Die Bewältigung des Messerverkehrs zur Leipziger Frühjahrsmesse wird mit Hilfe eines erweiterten Fahrplanes bequemer und umfangreicher als bisher durchgeführt werden können. Vorläufig sind Messersonderzüge aus allen größeren Städten Deutschlands sowie ab Amsterdam, Kopenhagen, Stockholm, Prag und Wien in Aussicht genommen. Nach den gleichen Orten gehen Rücksonderzüge von Leipzig aus.

Die neuen Gütertarife. Während über die Erhöhung der Personentarife noch eingehende Beratungen stattfinden, ist über die Frage der Erhöhung der Gütertarife bereits in gewissem Sinne eine Entscheidung gefallen. Die ständige Tarifkommission hat dieser Tage eine entsprechende Vorlage erhalten, in der eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent zum Vorschlag gebracht wird.

Die neuen Gütertarife. Während über die Erhöhung der Personentarife noch eingehende Beratungen stattfinden, ist über die Frage der Erhöhung der Gütertarife bereits in gewissem Sinne eine Entscheidung gefallen. Die ständige Tarifkommission hat dieser Tage eine entsprechende Vorlage erhalten, in der eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent zum Vorschlag gebracht wird.

Ein Volkstentscheid gegen die Zwangsvereinerung. Am Sonntag hat in den Orten Blasewitz, Loschwitz und Weißer Hirsch, die bekanntlich auf Betreiben des Dresdner Stadtrates auf Grund einer Verfügung des unabhängigen Ministers Lipinsky zwangsweise nach Dresden einverleibt werden sollen, eine Urabstimmung der Einwohnererschaft stattgefunden, wobei sich ergab, daß 6562 Einwohner sich gegen die Zwangsvereinerung erklärten, während nur 483 Stimmen für die Eingemeindung abgegeben wurden.

Was Meißner kann, kann Bunzlau auch! Nachdem deutsches Notgeld aus Porzellan zur Tatsache geworden ist, wird sich dem Porzellangeld von Meißner und Selb in naher Zeit vermutlich tönernes Notgeld anschließen. Die altbekannte sächsische Töpferstadt Bunzlau an der Berlin-Dresdener Eisenbahn hat vor kurzem einen Notgeldwettbewerb ausgeschrieben.

Nossen. Unter den Voraussetzungen, daß der Reichskommissar für die Kohlenverteilung ausreichende Kohlenlieferung zusagt, daß die nötigen Kapitalien aufgebracht werden und eine den aufgetragenen Kapitalien entsprechende Beteiligung der Einwohnererschaft Nossens und Siebenlehn an der Gasabnahme gewährleistet ist, beschäftigt man die Gründung eines Verbandes zum Zwecke der gemeinschaftlichen Gasversorgung zwischen den Städten Roschwitz, Nossen und Siebenlehn. Der Kostenaufwand für Leitung der Druckleitung nach Nossen und Siebenlehn einschließlich der Ortsnetz, der Gasanschlässe und der Beschaffung der Gasmesser sowie die Erweiterungsarbeiten im Roschwitz Gaswerk dürfte 5 1/2 Millionen Mark erfordern.

lichen Verhältnissen der Gaspreis auf 2 Mark für ein Kubikmeter stellen.

— **Nossen.** Das Fest der goldenen Hochzeit begingen Dachdeckermeister Ernst Rübiger und seine Ehefrau in geistiger und körperlicher Frische und Mäßigkeit.

— **Zwidau.** Im Schacht III des Zwidau-Brückenberg-Steinlohlenbauvereins wurden durch Zusammenbruch eines Kohlenortes die Häuser Himmer und Langfeld verschüttet. Langfeld wurde als Leiche, Himmer schwer verlegt geborgen.

Briefkasten.

Alter Abonnent, Wilsdruff. „Es gibt kein Geld!“ das ist nicht wahr! „Ich habe kein Geld“, das stimmt eher, auch „Sie haben kein Geld“ könnte das Richtige treffen, aber „Sie haben kein Geld“ trifft garnicht zu, wie Sie gleich hören werden: „Ach, wissen Sie... das liebe Geld! Die Zeit ist schlecht... schlecht ist die Zeit!“ — Wohin man kommt, wohin man läuft, die Klage hört man weit und breit. — So mancher Mensch wird schlecht gemacht, das ist nun so ein Zug der Welt — jedoch am übelsten ergeht es der schlechten Zeit, dem bösen Geld! — Fast schmerzhaft ging mir durch den Sinn: die Menschen gehen gewiß zugrunde; — wohin man kommt, kein Geld! kein Geld! Da kommt der Klügste auf den Hund! — Kopfschüttelnd ging ich durch die Stadt; der Mond stieg hinterm Dach empor. — Bekümmert sah ich zu ihm auf. Kein Geld! kein Geld! rief mir ins Ohr. —

Die schlimme Zeit! die schlechte Zeit! wie ein Gespenst schries auf mich ein. — Da blieb ich plötzlich laufend stehen. Was war das? Helle Tanzmusik! — Heidi... heida... Ans Fenster schnell. Nur einen Scheunen, kurzen Blick! — Der große Saal ist sicher leer, so lustig auch die Fidel schreit. — Frau Rosika spielt nur für sich: wir leben ja in schlechter Zeit! — Doch als ich durch das Fenster sah, da überkam mich wie ein Schreck. — Ja, träumt ich denn? Der ganze Saal war vollgeprobt von Geld zu Geld. — Und was das Wunderbarste war: ich sah Gestalten unbekannt, — die jammernd diese Zeit verflucht, ja, die sie höllisch schlecht genannt! — Hilf, Himmel, war das ein Gespenst, was sich da meinen Blicken bot? — Träumt ich vielleicht? Das war die Zeit... die böse Zeit der schweren Not?! — Ich selber, der kaum noch gewußt, wie man sich amüsiert und tollt — und doch die Zeit nie schlecht genannt, sah solch ein Bildchen aufgetoßt? — „Genug,“ sprach ich, „nun weiß ich wohl, daß sich die Welt noch gern vergnügt — und gönne ihr! Nur eins steht fest: Wer sagt, es gäb kein Geld — der lügt!“

G. L., Wilsdruff. Lieber Briefkasten-Ortel, entscheide die Frage: Von welchem Wilsdruff am nächsten gelegenen Punkte ist Dresden zu sehen? — Antwort: Am Wege nach Kleinschönberg und zwar ungefähr 300 Meter nach Ueberbreitung des Kaufsack-Sachsendorfer Gemeindegeweges allerdings bekommt man nur einen ganz kleinen Teil des nördlichen nach dem Heller zu liegenden Dresdens zu Gesicht. Weit

mehr von der Stadt und namentlich die Mitte mit ihren vielen Türmen erblickt man vom Steinhübel bei Ankersdorf, der allerdings von Wilsdruff ein wenig weiter entfernt ist. Um dahin zu gelangen, gehe man über Kaufsack bis zur Kreuzung des von Kesselsdorf kommenden Gemeindegeweges und wende sich links in Richtung Ankersdorf. Nach einer Entfernung von 300 Metern den unge man den rechts abzweigenden Rain, der zu der höchsten Erhebung von 320 Metern nach der dort stehenden Triangulationssäule führt. Voraussetzung ist ein schöner Tag mit klarer Luft.

Ungeannt, Weistropf. (2 Mark) Hatte der junge Mensch das Recht, das Bett seinerzeit zu verkaufen, so hat die älteste Schwester es rechtlich erworben, ist also ihr Eigentum. Sie war deshalb auch im Rechte, das der Mutter geliebte Bett jederzeit wieder an sich zu nehmen. Daß sie das nicht tat, sondern das Bett in der Versteigerung nochmals für sich erwarb, ist von nebensächlicher Bedeutung. Der junge Mensch hat jedenfalls nichts mehr daran zu präsentieren, wenn sich die Sache wirklich so verhält, wie sie angegeben.

W. in Helbigsdorf. (2 Mk.) Da Sie verheiratet sind und Ihren Wohnsitz nach H. verlegt haben, müssen Sie den Antrag auf Erwerbslosunterstützung beim Gemeindevorstand in H. stellen; die Gemeinde K. wird zu den Kosten herangezogen. Hat Ihre Frau eigenes Einkommen, haben Sie die Unterstützung nur für Ihre Person zu beanspruchen.

Kaufen Sie



bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

In meinem
Inventur-Ausverkauf
den ich bis mit 14. Februar verlängere,
sind auch sämtliche
Konfirmationsachen
einbegriffen.
Emil Glathe, Wilsdruff.



Oldenburger-, Weser-
marsch-Milch- u. Zucht-
viehverkauf.
Dienstags den 8. d. M. treffe ich mit einem großen
Transport von 25 Stück prima junger hochtragender
Kühe u. Kalben
sowie einiger erstklassiger sprunghafter
Herdbuchbullen
hier ein und stelle solche nach Ablauf der Quarantäne
am 16. d. M. preiswert zum Verkauf.
H. Stoppelmann, Dresden-K.
Großenhainer Straße 13. Nach dem Neustädter Bahnhof.
Fernruf 12512. Früher Rühn, d. Fa. Max Kiesel, Meissen

Briketts
werden durch mein Lastauto ab Schacht angefahren.
Holm Herrmann, Meissen, Rassaueweg 3. Fernruf 540.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Emil Mensch
Rousschlächterei, Pferdegeschäft u. Spelawirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10
Fernsprecher Amt Dauben Nr. 785
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner treuergebenden Gattin, unserer
herzlich geliebten Mutter, Groß- und Schwiegermutter
Frau Wilhelmine Hauptvogel
geb. Richter
fühlen wir uns gedrungen, allen Verwandten, Freunden u. Bekannten,
für die überaus große Teilnahme an unserm Leid in Wort, Schrift
und den zahlreichen Blumen Spenden unseren
herzlichsten Dank
auszusprechen. Dank auch dem Herrn Blatter Heber für die tröstenden
Worte am Grabe und Herrn Kantor Fichtner für den erhebenden Gesang.
Die aber, liebe Entschlafene, rufen wir ein „Gute Nacht“ und
„Ruhe sanft“, hoffend auf ein Wiedersehen, nach.
Kesselsdorf, am 8. Februar 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.



**Arbeits- und
Geschäftspferde**
in ständiger Auswahl stehen unter Garantie
zum Verkauf, auch eine 4j. hochtrag. Stute.
Wilsdruff Rich. Bennewitz.
Bruno Ehrlich
Rohschlächtereie — Pferdegeschäft
Restaurant und Speisehaus „Zum müden Kopf“
Fernruf 74 Deuben-Dresden Fernruf 74
Bei Notfällen mit Transportwagen schnellstens zur Stelle



**Gewerbe-
Verein**
Donnerstag d. 10. Februar
abends 7/8 Uhr im „Löwen“
Vortrag
des Herrn Lehrer P. Hiengich
über:
**Kriegsgefangen
in Frankreich.**
Alle Mitglieder nebst An-
gehörigen sind herzlichst ein-
geladen. Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Nach Thüringen,
für Kleinen besseren Land-
haushalt anständiges, ehrl.
Hausmädchen
gesucht. Vorzustellen bei
Deßlers, Rühn, Wilsdruff.

Bessere Stütze
für Bütenhaushalt in
Dresden gesucht.
Mädchen vorhanden.
Näheres bei Frau Frida
Jorn, Dresdner Straße 70.

**Militärhosen,
Röcke, Mäntel,
Stiefel, Schuhe**
verkauft Kelm, Dresden,
Gr. Blauen/ke Str. 37. Laden.
Suche eine zweite Hypo-
thek von
15000 Mk.
**M. Gersten Nachf.,
Potschappel.**
Hierdurch nehme ich die
gegen Fräulein E. Opitz
und Herrn Burkhardt
ausgesprochene Beleidigung
zurück.
**H. Rübiger,
Grumbach.**

Briefliche Be-
stellungen
auf Druck-
sachen all.
Art werden gewissenhaft
und rasch bei sauberer
Ausführung erledigt von
der Buchdruckerei von
Arthur Zschunke
in Wilsdruff, Zeilauerstr. 29.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.
Mittwoch den 9. Februar nachmittags 3 und abends 8 Uhr
Lotte Neumann
Der Weg der Grete Lessen
Schauspiel in 4 Akten nach dem Roman „Arme Mädchen“
von Paul Lindau und das reizende Lustspiel mit
Paul Heidemann:
„Scheidung ausgegeschlossen“

**Oldenburger und ostfriesischer
Milch- und Zuchtvieh-Verkauf**
Stelle einen großen Transport
erstklassiger Oldenburger
und Ostfriesischer



Kühe u. Kalben
sowie eine Anzahl Oldenburger bedärflicher
Herdbuchbullen
von 1—1 1/2 Jahren nach beendigter 10tägiger Quarantäne
preiswert zum Verkauf.
Meissen, Max Kiesel
am Bahnhof, Fernruf 393. Inh.: E. de Levie.

Kurt Siering, Potschappel
Tharandter Strasse Nr. 25
Rousschlächtereie, Spelawirtschaft u. Pferdegeschäft
Fernsprecher Amt Dauben Nr. 2151
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle